

Chancen für Friedensgespräche sondiert

Auf Drängen der Befürworter von Friedensgesprächen zwischen der Regierung und der NDF (National Democratic Front) verkündete Präsidentin Aquino Mitte September einen Waffenstillstand für Manila, Baguio und drei Erdbebenprovinzen in Nord-Luzon. Nur knapp zwei Wochen später kündigte die NPA ihren bereits im Juli einseitig erklärten Waffenstillstand in einigen nördlichen Provinzen auf, da das Militär weiterhin offensiv operiere. Trotzdem, so erklärte die NDF in einem Brief gegenüber einer Sondierungskommission aus Regierungsvertretern unter Justizminister Drilon und

Kirchen- und NGO-Vertretern wie Senator Wigberto Tanada, Maris Diokno und Ex-Landwirtschaftsminister Florencio Abad, sei die NDF bereit, ohne Vorbedingungen Gespräche mit der Regierung zu führen. Mit dieser Botschaft kehrte auch der Abgeordnete José Yap von informellen Gesprächen mit den internationalen NDF-Vertretern Luis Jalandino und Byron Bocar sowie Konsultationen mit José Maria Sison aus Utrecht zurück. Noch keine Reaktion gibt es von seiten der Militärrebellens, die Präsidentin Aquino nun ebenfalls in die Friedensgespräche mit einbeziehen will.

vgl. MC 19.9.; DG 29.9.; PND 1.10.15.10.; FR 13.10.14.9.1.10.90

Rebellion auf Mindanao gescheitert

Eine "unabhängige Republik Mindanao" wurde für wenige Stunden von dem seit dem Dezember-Putsch flüchtigen Oberst Alexander Noble und dem Führer der "Unabhängigkeitsbewegung für Mindanao" Ruben Canoy ausgerufen, nachdem Noble mit rund 400 Anhängern in die Militärcamps von Butuan und Cagayan de Oro eingedrungen war, ohne daß ein Schuß fiel. Mangelnde Unterstützung und Luftangriffe von Regierungstruppen bewegten Noble zur Aufgabe.

Wenige Tage danach verabschiedete der Kongreß ein Gesetz, das die schärfere Bestrafung von Putschisten vorsieht. Die Davide-Kommission zur Untersuchung der Hintergründe des Putsches vom letzten Dezember legte indes ihren Abschlußbericht vor. Neben Maß-

nahmen im Militär selbst schlägt die unabhängige Kommission auch politische Schritte vor. So soll die Präsidentin endlich klar sagen, ob sie für eine zweite Amtszeit kandidieren werde. Um Wahlen mehr Gewicht zu geben und sie demokratischer zu machen, sollten mittellose Kandidaten Unterstützung bekommen, allen Kandidaten solle gleicher Zugang zu den Medien ermöglicht werden. Die Politisierung des Militärs und die Unzufriedenheit mit der Regierung seien zwar weit verbreitet, so die Kommission, doch letztlich seien die Putschversuche von einem harten Kern von Offizieren geplant, die für sich und ihre zivilen Unterstützer die Macht ergreifen wollten.

vgl. PND 15.10.; FEER 18.10.25.10.; AW 19.10.90

Gewerkschaftsführer Crispin Beltran verhaftet

Am 30. Oktober, kurz nach Beendigung der viertägigen Streiks, wurde der Vorsitzende der militanten "Bewegung des Ersten Mai" KMU, Crispin Beltran, verhaftet. Ihm wird Anstiftung zu Aufruhr und Verstoß gegen das Versammlungsrecht ("inciting to rebellion and illegal assembly") vorgeworfen. Gegen Kautions wurde er vorläufig freigelassen. Die Verhaftung steht offensichtlich im Zusammenhang mit der Diskriminierung und Unterdrückung von Gewerkschaften. Am 29. Oktober wurde Rey Olano, der Finanzsekretär des regionalen Gewerkschaftsverbandes ADLO-KMU

in der Freihandelszone von Bataan vor dem Gewerkschaftsbüro erschossen. Während der Streiks wurde Herr Roda, Leiter der Jeepneyfahrer-Gewerkschaft PISTON verhaftet und gegen Kautions freigelassen. Der Dachverband von sieben Gewerkschaftsbünden LACC wandte sich mit einem Protest an die Öffentlichkeit: "Das ist ein ernstzunehmender Angriff auf die Gewerkschaftsbewegung, der im Zusammenhang mit den jüngsten Gewalttaten gegen die Organisation von Arbeitern steht."

vgl. KMU, Action Alert, 2.11.90

Streikforderungen nicht erfüllt

Ohne Zusagen für die geforderte Erhöhung des Mindestlohns endete der für den 24. bis 26. Oktober angesagte Generalstreik. Unter der Schirmherrschaft der breiten Koalition "People's Caucus" hatten sich über 300 Organisationen an dem Streik beteiligt, der auch auf ein Aussetzen der Ölpreiserhöhung, die Verstaatlichung der Ölindustrie, die Subventionierung von Grundnahrungsmitteln

und ein Zahlungsmoratorium der Auslandsschulden abzielte. In Manila sollen 80 % des Verkehrs lahmgelegt worden sein. Während der Streikaktionen, begleitet von massivem Militäreinsatz, kam es zu blutigen Zusammenstößen mit vier Todesopfern, die Stabschef Renato de Villa der Stadtguerilla zur Last legte. Es kam zu zahlreichen Verhaftungen.

vgl. Task Force Detainees, Fax 24.10.; FR 25.10.; SZ 26.10.90

Stützpunktverhandlungen - Souveränität mit Abstrichen

Ein gradueller Abzug der US-Truppen von den philippinischen Basen innerhalb der nächsten fünf bis zehn Jahre bei anschließendem Umbau der Stützpunkte für kommerzielle Nutzung ist nach dem Stand der Verhandlungen die wahrscheinlichste Zukunftsperspektive. Erst kurz vor der Verhandlungsrunde im September hatte Präsidentin Aquino erstmals einen "geordneten Rückzug" der Amerikaner gefordert, ohne einen Termin zu nennen. Bis Januar nächsten Jahres soll eine entsprechende Regelung gefunden sein. US-Verhandlungsführer Richard Armitage räumte ein: "Es ist mir klar, daß die Tage der sehr starken US-Präsenz auf den Philippinen gezählt sind", schlug jedoch vor, die endgültige Entscheidung erst "den Wählern des 21. Jahrhunderts" zu überlassen. Den vollständigen Abzug von Luftwaffenstützpunkt Clark Air Base im September nächsten Jahres, wenn das alte Abkommen ausläuft, sowie vom Marinehafen Subic Bay bis 1994 sah ein philippinischer Entwurf eines neuen "Freundschafts-, Kooperations- und Sicherheitsabkommens" mit den USA vor. Senatorin Leticia Ramos-Shahani versicherte, der Senat werde kein Abkommen für länger als fünf Jahre unterzeichnen. Ein optimistisches Gutachten über die Kommerzialisierung der beiden Stützpunkte, wonach mehr als doppelt soviele Arbeitsplätze für Filipinos geschaffen werden könnten, wurde durch die Erkenntnis relativiert, daß eine solche Konversion nur mittel- oder langfristig zu verwirklichen ist und daß zur Finanzierung dieses Vorhabens amerikanische Hilfe und Kooperation wohl unabdingbar ist.

Die Wunschposition der Amerikaner ist relativ klar und zielt auf

einen graduellen Rückzug innerhalb von zehn bis zwölf Jahren, wobei die Nutzung besonders wichtiger Anlagen auch darüber hinaus gesichert werden soll.

Die philippinischen Arbeiter der US-Basen streikten indes für höhere Löhne. Ende Oktober wurde die Ausstrahlung einer basenkritischen Fernsehdokumentation von der Zensurbehörde unterbunden.

vgl. DG 11.10.; FEER 11.10.; AW 21.10.28.9.10.5.10.; PND 15.10.; SZ 16.9.90

... und dann noch die Golfkrise

Ein Haushaltsdefizit, das mit 27 Mrd. Pesos (1,2 Mrd. US\$) schon Ende August den für 1990 vorhergesagten Betrag von 21,2 Mrd. Pesos weit übertraf und ein Handelsbilanzdefizit, welches gegenüber dem vergleichbaren Zeitraum im letzten Jahr um 58 % zunahm und auf 1,9 Mrd. US\$ stieg, sind nur einige der aufschlußreichen Eckdaten in der Halbjahresbilanz der philippinischen Wirtschaft. Sie dokumentieren, daß die Weichen für die gegenwärtige Misere schon vor dem Ausbruch der jüngsten Krise am Golf und deren weltweiten Auswirkungen gestellt wurden. Der Verfall des Währungskurses von 23 Pesos für 1 US\$ auf 25,75 Pesos Ende September und auf 28 Pesos Ende Oktober trug zur weiteren Verteuerung von Importen bei. Da die Importanteile für exportierte Waren besonders hoch sind, bei Textilien und Halbleitern etwa 70-80 %, bringt die Abwertung des Pesos nicht die erwarteten Exportvorteile.

Das Ausmaß der Zerstörungen durch das Erdbeben auf Luzon, deren Beseitigung erheblich das

Budget strapaziert, wurde von der Regierung auf 361 Mio. US\$ beziffert. Das Erdbeben vom 16. Juli war das stärkste seit 400 Jahren, bei dem über 2000 Menschen umgekommen sind. Der gesamte Schaden wird auf über 2 Mrd. US\$ geschätzt. Von den Städten Dagupan und Baguio z. B. sind nur Ruinen übrig geblieben.

Außerdem zwingt der durch den gestiegenen Erdölpreis auf 1,5 Mrd. US\$ erhöhte Haushaltsansatz für Ölimporte zur Kürzung anderer notwendiger Einfuhren. Die Anhebung der Preise für Treibstoffe löst auf den Philippinen regelmäßig explosionsartige Proteste, Streiks und Putschversuche aus, wie nach der jüngsten Anhebung vom September. Die Anhebung von durchschnittlich 1,42 Pesos oder 32 % pro Liter vom 21. September ist bereits überholt. Angesichts des auf 28-30 US\$ pro Faß (barrel) gestiegenen Erdölpreises und der jüngsten Abwertung des Pesos wäre eine erneute Anhebung des Literpreises für Benzin und Diesel um 1,89-2,71 Pesos fällig.

Vor dem Hintergrund weiterhin kursierender Putschgerüchte seitens oppositioneller Militärs und einer Reihe von Bombenanschlägen in der Hauptstadt sagte Präsidentin Aquino während einer Ansprache am 26. August, daß sie zwar nicht die Absicht habe, das Kriegs-

recht einzuführen, aber auch nicht zögern würde, alle zur Verfügung stehenden Machtmittel einzusetzen, wenn es erforderlich sein sollte. Angesichts der Zuspitzung der Gesamtsituation, sind sich Beobachter wie Betroffene darin einig, daß die Regierung Aquino vor der größten Herausforderung seit ihrer Amtsübernahme von 1986 steht.

vgl. FEER 6.u.27.9., 11.10, 15.11.; AW 21.9., 19.10; FR 31.8.90

Die philippinischen Geiseln der Golfkrise

Beim Ausbruch der jüngsten Golfkrise waren in Kuwait 60.000 und im Irak 5000 philippinische Gastarbeiter beschäftigt. Von den Gastarbeitern in Kuwait waren 85 % oder 51.000 Frauen, davon 24.300 als Hausangestellte in kuwaitischen Familien tätig. Sie erwirtschafteten 1989 insgesamt 27,5 Mio. US\$ an Devisen für den philippinischen Staatshaushalt. Von den Einkünften der Gastarbeiter in Kuwait und Irak sind auf den Philippinen etwa 320.000 Menschen finanziell abhängig. Insgesamt sind etwa 650.000 Philippinos im Ausland tätig, der größte Teil im Nahen Osten. Sie erwirtschaften jährlich etwa 1 Mrd. US\$, in der ersten Hälfte 1989 waren es sogar 636,17 Mio. US\$.

Die Zahl der Philippinos, die sich noch in Kuwait und Irak aufhalten, ist nicht bekannt. Mitte September konnten etwa 10.000 mit Hilfe der philippinischen Botschaften in Kuwait und Irak die Krisenregion verlassen, nach Mitteilung der Botschaften waren 13.000 auf eigene Faust geflüchtet, während 18.000 auf eine Evakuierung warteten. Ende Oktober wurde gemeldet, daß wenigstens 7000 Philippinos, zumeist Frauen, in Kuwait eingeschlossen seien und von ihren Arbeitgebern als Geiseln festgehalten würden. Auf der Flucht nach Jordanien sind wenigstens vier Philippinos umgekommen. Die zurückgebliebenen Gastarbeiter, besonders die philippinischen Frauen, stecken in großen Schwierigkeiten. Sie werden ausgeraubt, vergewaltigt, mittellos zurückgelassen oder gezwungen, im Lande zu bleiben.

Für den Fall einer bewaffneten Auseinandersetzung am Golf sind außerdem 90.000 Philippinos direkt betroffen, die in den vier Ostprovinzen Saudi-Arabiens tätig sind.

vgl. Report on the Evacuation of Filipinos from the Gulf Region, Manuskript, Manila, Oktober; AW 21.9.u.19.10; NM 26.9.; FEER 8.11.90

Kurzmeldungen

Die Wahlkommission würde eine **Kandidatur von Präsidentin Aquino für eine zweite Amtszeit** akzeptieren, erklärte kürzlich ihr Vorsitzender Ernesto Maceda. Die Verfassung sehe zwar nur eine Amtszeit vor, doch sei Cory Aquino ja noch unter der alten Verfassung an die Macht gekommen. Die Präsidentin gibt sich weiterhin bewußt ambivalent hinsichtlich ihrer Absichten. Als wahrscheinlich gilt inzwischen eine Kandidatur ihres Cousins und früheren Marcos-Verbündeten Eduardo Cojuangco.

AW 5.10.; MC 12.9.90

Zu lebenslanger Haft verurteilt wurden der frühere Luftwaffengeneral Luther Custodio und 15 weitere Soldaten für den **Mord an Benigno Aquino**. Das Aquino-Lager begrüßte das Urteil, bemängelte aber, daß die eigentlichen Drahtzieher, nämlich das Ehepaar Marcos, bei dem Prozeß nicht genannt worden seien.

FEER 11.10.; AW 12.10.90

Als Reaktion auf das Urteil des Obersten Gerichtshofes, daß **Kommunisten auch ohne Haftbefehl festgenommen** werden können, und auf den heftigen Protest von Menschenrechtsorganisationen, legte die Abgeordnete Lorna Yap dem Kongreß jetzt einen Gesetzentwurf vor, der solche Verhaftungen verbietet.

PDI 12.9.90

Allein im Monat September wurden **sechs Arbeiter bei Auseinandersetzungen mit bewaffneten Sicherheitskräften der Unternehmer getötet**. Unter ihnen waren zwei KMU-Gewerkschaftsführer einer Textilfirma in Manila. Arbeitsminister Ruben Torres hat Verteidigungsminister Ramos gebeten, die Ursachen dieser Gewaltwelle gegen Gewerkschaften zu untersuchen.

PND 15.10.90

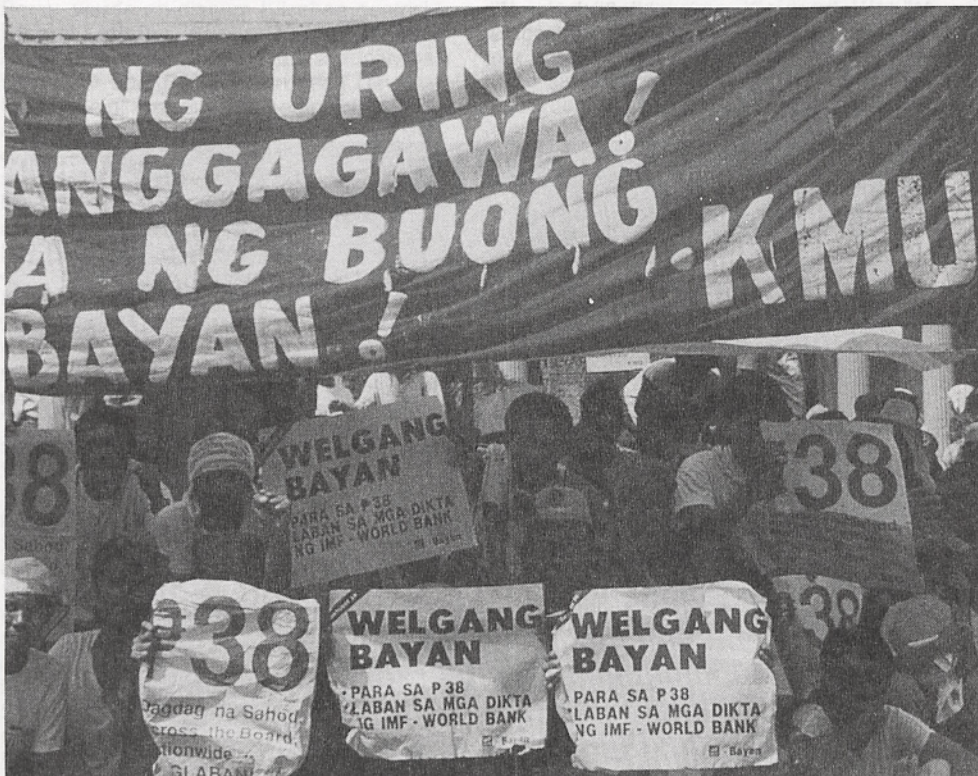


Foto: Titelblatt FEER v. 8. 11. 1990